

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2009-2014) am 11.10.2011 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ausschussmitglieder

Arenhövel, Martin	
Borgmann, Christian	- als Vertreter für Am. Völler bis Pkt. 1.7, zu Pkt. 1.8 ztw.; ab Pkt. 2 Gast -
Buddenkotte, Wilhelm	
Greiwe, Markus	- als Vertreter für Am. Ostlinning, L., zu Pkt. 6 ztw. -
Völler, Wolf-Rüdiger	- zu Pkt. 1.8 ztw., ab Pkt. 2 -
Westhoff, Alfons	- bis Pkt. 14.1, zu Pkt. 14.2 ztw. -
Heseker, Ludwig	- außer Pkt. 14.2 -
Lange, Martin	
Oertker, Herbert	- zu Pkt. 8 ztw. -
Franke, Michael	- bis Pkt. 14.2 -
Röhl, Philipp	- bis Pkt. 13, zu Pkt. 14.1 ztw. -
Schumacher, Albert	
Philipper, Johannes	- bis Pkt. 10, zu Pkt. 11.1 ztw. -

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Schlotmann, Theodor
Helfers, Helmut
Holtkämper, Guido
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Eckdatenpapier zum Entwurf des Kreishaushaltes 2012

Bürgermeister Uphoff geht auf das Schreiben des Landrates des Kreises Warendorf zu den Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2012 vom 14.09.2011 und die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister im Kreis Warendorf vom 07.10.2011 ein. Diese Schreiben sind als Anlagen 1 und 2 dieser Niederschrift beigelegt. In seinen Ausführungen geht der Bürgermeister besonders auf die voraussichtliche Entwicklung der Kreis- und der Jugendamtsumlage und die wesentlichen dieser Entwicklung zugrunde liegenden Aspekte ein. Am. Oertker nimmt zur Kreisumlage kurz Stellung und weist

besonders auf die vorgesehene Verringerung der Ausgleichsrücklage sowie die Pensionsrücklagen/-stellungen des Kreises hin.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.2. Neue Plätze für den Maßregelvollzug

Bürgermeister Uphoff berichtet über den Erlass des Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW vom 20.09.2011. Hierbei erwähnt der Bürgermeister insbesondere, dass seitens des Landes NRW geeignete Standorte bzw. Grundstücke für den Bau neuer forensischer Kliniken gesucht werden. Dieses betreffe auch den Landgerichtsbezirk mit der Stadt Münster und den Kreisen Coesfeld, Borken, Steinfurt und Warendorf. Es sei beabsichtigt, die Angelegenheit zunächst weiter im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten im Kreis Warendorf zu besprechen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.3. Unterhaltung der Grünflächen an der Gaststätte Lappenbrink 4

Bürgermeister Uphoff greift die Beratungen zur Unterhaltung von Grünflächen an der Gaststätte Lappenbrink 4 in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 22.09.2011 - Pkt. 1.2 d. N. -auf und verliest das hierzu von einem Eigentümer eines benachbarten Wohn- und Geschäftshauses eingereichte Schreiben vom 30.09.2011 im Wortlaut. Mit diesem Schreiben wird die Pflege der Grünanlage angeboten, wenn der auf dieser Grünfläche stehende Baum nicht gefällt wird. Hierzu schlägt der Bürgermeister vor, die Angelegenheit weiter mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen. Dieser Auffassung schließt sich der Ausschuss allgemein an.

1.4. Errichtung einer Werbeanlage Rathaus - Antrag der CDU-Fraktion vom 07.10.2011

Bürgermeister Uphoff berichtet über den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.10.2011 und verliest diesen im Wortlaut. Hiermit wird beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge für eine Beschriftung des Rathauses oder ein Schild sowie Kostenschätzungen einzuholen. In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister auf entsprechende Überlegungen des Rates in den Jahren 1993/1994 hin, die letztlich aus finanziellen Gründen nicht weiter verfolgt worden seien. Auf Vorschlag von Bürgermeister Uphoff ist der Ausschuss allgemein der Auffassung, dass sich mit dem Antrag der CDU-Fraktion der Infrastrukturausschuss in seiner nächsten Sitzung befassen sollte.

1.5. Mietwohnung in der Begegnungsstätte Mühle

Bürgermeister Uphoff berichtet, dass die Mietwohnung in der Begegnungsstätte Mühle frei werde und ein neuer Mieter gesucht werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

1.6. Hundebestandsaufnahme/-überprüfung 2011

Der Bürgermeister spricht die nach 2003 in diesem Jahr wieder durchgeführte Hundebestandsaufnahm/-überprüfung an. Seit Beginn der Überprüfung seien 172 Hunde neu angemeldet worden (= Zuwachs von 14,39 %). Bei einem Ansatz im Haushaltsplan 2011 für die Hundesteuer in Höhe von 55.000,00 € seien bislang rd. 67.600,00 € eingenommen worden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.7. Steuerliche Auswirkungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen

Der Bürgermeister greift die Anfrage von Am. Buddenkotte in der Sitzung des Ausschusses am 07.04.2011 – Pkt. 13.1 d. N. – auf und erläutert anhand des Vermerkes vom 11.10.2011 die steuerlichen Auswirkungen für die Stadt Sassenberg im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen. Hierbei werden die Umsatzsteuer, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer angesprochen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.8. U3-Betreuung in den städtischen Kindergärten

Bürgermeister Uphoff geht zunächst kurz auf die seitens des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgte Förderung von zusätzlichem Personal im Zusammenhang mit der U3-Betreuung in den Kindergärten und der Umsetzung entsprechender Maßnahmen in den städtischen Kindergärten ein. Die Verwaltung gibt hierzu nähere Erläuterungen und weist insbesondere auf den bislang in den städtischen Einrichtungen bei der U3-Betreuung bereits geschaffenen Standard hin. Die zusätzlichen Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen sollen in der Weise für die U3-Betreuung genutzt werden, dass die Betreuung inhaltlich geändert wird und zusätzlich in der Übermittagbetreuung eingesetzte hauswirtschaftliche Kräfte tätig werden sollen.

Am. Oertker spricht weiter den bei den zusätzlichen Kräften vorgesehenen Stundenumfang sowie die Schaffung von U3-Plätzen im Stadtgebiet an. Am. Arenhövel geht grundsätzlich auf die Verwendung der zusätzlichen Mittel und die Einstellung zusätzlicher Kräfte ein. Hierzu nimmt insbesondere der Bürgermeister Stellung und gibt ergänzende Erläuterungen zu den beabsichtigten Maßnahmen. Die Einstellung der zusätzlichen teilzeitbeschäftigten Kräfte im Rahmen der Verbesserung der U3-Betreuung und der entsprechenden pädagogischen Arbeit erfolge nach einer Stellenausschreibung. Im Übrigen weist der Bürgermeister auf die laufenden Maßnahmen der katholischen Kirchengemeinde Füchtorf im Marienkindergarten Füchtorf hin.

Nachdem Am. Buddenkotte kurz die seitens der Verwaltung beabsichtigten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung im Rahmen der U3-Betreuung begrüßt, nimmt der Ausschuss den Bericht des Bürgermeisters bzw. der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Anhand der Vorlage vom 29.09.2011 geht die Verwaltung auf die im investiven Bereich des Produktes 06.01.01 - Betrieb eigener Kindertagesstätten – erforderlichen zusätzlichen Mittelbereitstellungen ein.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Im Produkt 06.01.01 -Betrieb eigener Kindertagesstätten- werden über- bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2011 wie folgt genehmigt:

- Teilfinanzplan Ziffer 26, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen:

20.000,00 € (überplanmäßig)

Deckung: Produkt 06.01.01

- Mehreinzahlungen aus Versicherungsleistungen (13.000,00 €) und
- Mehreinzahlungen aus Betriebskostenzuschüssen des Kreises für den Kindergarten Blauland (7.000,00 €)

- Teilfinanzplan Ziffer 29, Sonstige Investitionsauszahlungen:

8.300,00 € (außerplanmäßig)

Deckung: Produkt 06.01.01, Mehreinzahlungen aus Betriebskostenzuschüssen des Kreises für den Kindergarten Zauberland.“

3. **Ausführung des Haushaltsplanes 2011**
- Freigabe von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Vermögensgegenständen
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Unter Hinweis auf die den Anwesenden vorliegende schriftliche Sachverhaltsdarstellung und die entsprechende, von Bürgermeister Uphoff und Rm. Franke getroffene Dringlichkeitsentscheidung vom 08.08.2011 erläutert die Verwaltung die mit dieser Entscheidung erfolgte Freigabe von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Vermögensgegenständen, und zwar für die notwendig gewordene Ersatzbeschaffung eines Schulbusses.

Nach einer kurzen Wortmeldung von Am. Völler und Am. Oertker schlägt der Ausschuss dem Rat einstimmig vor, gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW folgende Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen:

"Die mit Beschluss des Rates vom 08.02.2011 - Pkt. 4 d. N. - im Zuge von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen beim Produkt 03.01.04 – Schülerbeförderung -, Teilfinanzplan Ziffer 26: Beschaffung eines Schulbusses – haushaltsrechtlich begrenzten (gesperrten) Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 36.000,00 € werden wieder freigegeben."

4. **Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes**

Anhand der Vorlage vom 06.10.2011 und der als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügten Übersicht gibt die Verwaltung einen Bericht zur Ausführung des Haushaltes zum Ende des III. Quartals 2011. Auf die Frage von Am. Philipper gibt der Bürgermeister zusätzlich Hinweise zur voraussichtlichen Entwicklung im IV. Quartal 2011

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. **Stellenplan 2012**

Bürgermeister Uphoff geht anhand der Vorlage vom 07.09.2011 ausführlich auf den für das Haushaltsjahr 2012 vorgesehenen Stellenplan ein. Hierbei wird besonders auf die wiederum erfolgte sparsame und wirtschaftliche Ausweisung und Bewirtschaftung der für die Wahrnehmung der städtischen Aufgaben nach den gesetzlichen und den Vorgaben des Rates erforderlichen Stellen

hingewiesen. Im Einzelnen spricht der Bürgermeister die in der Vorlage detailliert dargelegten Veränderungen bei den Stellen für Beamte und tariflich Beschäftigte und die diesen Maßnahmen zugrundeliegenden Aspekte an. In diesen Bereichen trete eine geringfügige Erhöhung des Stellenbedarfs ein.

Anschließend ergibt sich eine rege Diskussion, an der sich verschiedene Ausschussmitglieder beteiligen. Am. Arenhövel spricht zunächst die Ausweisung von Stellen für die zuvor beratene Einstellung von zusätzlichen Kräften für die U3-Betreuung in den Kindergärten an. Am. Lange äußert sich in der Weise, dass er dem Stellenplan so nur schwer zustimmen könnte. Für ihn sei der Stellenplan nur schwer lesbar. Evtl. könnten Veränderungen bzw. Entwicklungen für die Jahre 2010 bis 2012 in den einzelnen Bereichen dargestellt oder zusätzliche Erläuterungen, wie z. B. zeitliche Lage der Altersteilzeitphasen von Mitarbeitern, zur Verfügung gestellt werden. Am. Westhoff spricht grundsätzlich die Erhöhung von Personal und der entsprechenden Kosten an. Ferner ruft er die eventuelle externe Überprüfung in Erinnerung. Weiter erwähnt Am. Völler die Bereitstellung eines Personalbewirtschaftsplanes. Für Am. Buddenkotte stellen sich die vorgesehenen Veränderungen nicht als drastisch dar. Zum Stellenplan 2012 äußert sich Am. Arenhövel in der Weise, dass er diesem grundsätzlich durchaus zustimmen könnte. Probleme habe er jedoch mit der Ausweisung der Stellen, die im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Bedarf stehen. Am. Philipper könnte sich vorstellen, dass seitens der Verwaltung zusätzliche Informationen bezogen auf die Produkte gegeben werden.

Zu den vorgetragenen Aspekten und Äußerungen nimmt der Bürgermeister Stellung. Er führt aus, dass die zusätzlichen Kräfte für die U3-Betreuung unter Berücksichtigung der im Stellenplan zur Verfügung stehenden freien Stellen eingestellt werden sollen. Der Stellenplan 2012 sei wiederum nach den hierfür bestehenden gesetzlichen Vorgaben aufgestellt worden. Wie vom Ausschuss beschlossen, sei eine Entscheidung über eine eventuelle externe Organisationsuntersuchung nach der nunmehr im Jahre 2012 vorgesehenen Prüfung der GPA geplant. Im Stellenplan seien die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und aufgrund der Beschlüsse des Rates für die einzelnen Aufgabenbereiche erforderlichen Stellen in Vollzeitverrechnung ausgewiesen. Sie seien mit Sorgfalt veranschlagt. Soweit Stellen entbehrlich seien, würden diese freien Stellen auch nicht ausgeschöpft. Weiter sichert der Bürgermeister zu, eine Bereitstellung zusätzlicher Informationen zum Stellenplan zu überprüfen.

Mit 12 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung unterbreitet der Ausschuss dem Rat folgenden Beschlussvorschlag:

"Der Stellenplan 2012 wird gemäß der Anlage 4 zu dieser Niederschrift beschlossen."

6. Beitritt zur kvw-Beihilfeumlagegemeinschaft

Anhand der Vorlage vom 19.09.2011 und unter Hinweis auf die Beratungen in der Sitzung des Ausschusses am 30.06.2011 - Pkt. 8 d. N. - geht die Verwaltung auf die Absicherung der finanziellen Risiken der Beihilfeansprüche der städtischen Beamten und Versorgungsempfänger ein. Weiter werden die eingegangenen Angebote von Beihilfeablöseversicherungen und die aktuellen Daten im Rahmen eines Beitritts zur kvw-Beihilfeumlagegemeinschaft bei der Kommunalen Versorgungskasse Münster bekannt gegeben. Seitens der Verwaltung werde der Beitritt zur Umlagegemeinschaft der kvw befürwortet.

Am. Lange spricht sich grundsätzlich für eine Absicherung der finanziellen Risiken aus und geht kurz auf die von der Verwaltung erwähnte

Gewinnmaximierung im Zusammenhang mit einer Versicherungslösung sowie auf einen Verwaltungskostenbeitrag ein. Ein zusätzlicher Verwaltungskostenbeitrag sei nicht gegeben, so die Verwaltung. Vielmehr decke der bisher für die Beihilfeberechnung erhobene Beitrag die Verwaltungskosten der Umlagegemeinschaft mit ab.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Stadt Sassenberg tritt zum nächstmöglichen Zeitpunkt der Umlagegemeinschaft der kvw-Beihilfekasse bei.“

**7. Mitgliedschaft im Förderverein der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V.
-Schreiben der Stiftung vom 21. Juni 2011-**

Auf der Grundlage der Vorlage vom 19.09.2011 spricht die Verwaltung die Bitte des Vorsitzenden des Fördervereins der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V. an, die Arbeit der NRW-Stiftung durch eine Mitgliedschaft im Förderverein zu unterstützen.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Stadt Sassenberg beantragt die kooperative Mitgliedschaft im Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V.“

8. Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren -Straßenreinigungs- und Gebührensatzung- der Stadt Sassenberg

Die Verwaltung spricht die vorliegende Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2012 an und erläutert die verschiedenen Kostenfaktoren gemäß Vorlage vom 12.08.2011. Besonders wird weiter festgehalten, dass aus verschiedenen - auch rechtlichen - Gründen ein Kostenanteil der Winterwartung nicht mehr enthalten sei. Dieser Anteil habe im Jahre 2011 rd. 7.700, 00 € betragen und sei zukünftig über den allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Hierzu sollte der vorliegende Satzungsentwurf noch dahin gehend ergänzt werden, dass für die Winterwartung keine Benutzungsgebühr erhoben wird. Die für 2011 festgesetzten Gebühren und der für 2012 ermittelte Gebührenbedarf wird wie folgt beziffert:

	Gebührenbedarf 2012	Gebühren 2011
Reinigungs-kategorie S 2: Straßen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen	1,33 €/m	1,64 €/m
Reinigungs-kategorie S 3: Straßen, die überwiegend dem innerörtlichen Verkehr dienen	1,06 €/m	1,31 €/m
Reinigungs-kategorie S 4: Straßen, die überwiegend dem überörtlichen Verkehr dienen	0,81 €/m	0,98 €/m
Reinigungs-kategorie S 5: Straßen, die überwiegend dem überörtlichen Verkehr dienen – 14-tägig Reinigung	0,40 €/m	0,49 €/m

Die angesprochene Kalkulation wird sodann von Am. Oertker aufgegriffen, wobei für ihn die Herausnahme der Kosten für die Winterwartung nachvollziehbar sei. Ferner spricht er die Dauer des Vertrages mit der Fa. Alba an. Im

Zusammenhang mit dem Wegfall der Kosten für die Winterwartung spricht Am. Völler Auswirkungen auf einzelne Gebührenpflichtige an und äußert in diesem Zusammenhang rechtliche Bedenken.

Zum (Pflichten-)Umfang des kommunalen Winterdienstes und zur Herausnahme der Kosten des Winterdienstes aus der Kalkulation nimmt weiter vor allem die Verwaltung Stellung. Im Übrigen könnte durchaus eine Überprüfung der Straßen erfolgen, deren Reinigung den Anliegern übertragen worden sei. Der Vertrag mit der Fa. Alba laufe noch bis zum 31.12.2015.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2012 vom 12.08.2011 wird gemäß der Anlage 5 zu dieser Niederschrift beschlossen. Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren - Straßenreinigungs- und Gebührensatzung - der Stadt Sassenberg wird gemäß der Anlage 6 zu dieser Niederschrift beschlossen.“

9. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

10. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Anfragen liegen nicht vor.